



## Antrag zur Teilnahme am Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“

Die Kommune \_\_\_\_\_ will in das Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ aufgenommen werden. Das Kommunalparlament hat am \_\_\_\_ . \_\_\_\_ . \_\_\_\_\_ den Beschluss zur Aufnahme gefasst (Beschluss ist beigelegt).

Kinderfreundliche Kommunen e.V. ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen Komitees für UNICEF und des Deutschen Kinderhilfswerkes. Sie bietet Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Rechte von Kindern und damit ihren Schutz, ihre Förderung sowie ihre Beteiligung lokal umzusetzen.

**Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag per Post an:**

Kinderfreundliche Kommunen e. V. | Höniger Weg 104 | 50969 Köln

Ober-/Bürgermeister_in	
Ansprechpartner_in für das Vorhaben	
Einwohner_innenzahl	
Einwohner_innenzahl 0-18 Jahre	
Kreisfreie Kommune?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, welcher Kreis? _____ _____
Bundesland	
Termin nächste Kommunalwahl	

Hat Ihre Kommune bereits in anderen Verfahren für Kinder- oder Familienfreundlichkeit teilgenommen?

nein  ja, welche? \_\_\_\_\_

Warum will Ihre Kommune am Vorhaben teilnehmen?

Welche Erfahrungen in der Umsetzung der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention haben Sie in Ihrer Kommune bereits gesammelt? Es können Leitbilder, Strategien und Projekte benannt werden.

Votum der\_des Ober-/Bürgermeisters\_in Ihrer Kommune zur Teilnahme am Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“.

Wenn Ihre Kommune in das Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ aufgenommen wird, verpflichten Sie sich,

- ✓ eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe zur Koordination des Vorhabens einzurichten,
- ✓ die Rahmenbedingungen für das Vorhaben durch Beschlussfassungen des Kommunalparlaments sicherzustellen,
- ✓ die finanziellen Mittel und die personellen Ressourcen (Stelle mit 20 Wochenstunden für kleine Kommunen) für die Teilnahme am Vorhaben bereitzustellen,
- ✓ Fortbildungsveranstaltungen für Verwaltungsmitarbeitende zur UN-Kinderrechtskonvention und ihre rechtlichen Auswirkungen auf das Verwaltungshandeln anzubieten,
- ✓ die Ausbildung von Moderator\_innen für Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen anzustreben,
- ✓ an den regelmäßigen kommunalen Treffen (Dialogforen) teilzunehmen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift  
Ober-/Bürgermeister\_in

.....  
Stempel